

Forum der Leser: Zu Reaktionen auf Hüttenfelder Ortsbeiratssitzung

Gegen persönliche Angriffe

Brigitte Stass

Immer wenn ich einen Leserbrief lese und weiß, dass das, was da geschrieben steht, so nicht zutreffend ist, möchte ich gerne darauf antworten. Bisher habe ich stets eine Nacht darüber geschlafen und mich dann entschlossen, es nicht zu tun. Heute nun sehe ich mich veranlasst, den Leserbrief von Carmen Gaab-Edinger ("Südhessen Morgen" vom 20. März) und die Vorwürfe, die Bürgermeister Erich Maier darin gemacht werden, zu erwidern.

An der Ortsbeiratssitzung in Hüttenfeld, in der es unter anderem um die Pläne zum Ausbau der Windkraft auf dem Gelände der ehemaligen Mülldeponie durch den Zweckverband Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße (ZAKB) ging, habe ich selbstverständlich teilgenommen. Schon zu Beginn der Sitzung hat man bemerkt, dass die Stimmung aufgeheizt war. So war es nicht wirklich möglich, sachlich und objektiv zu reagieren. Auf alle Vorwürfe gegen die Windenergie-Ausbaupläne, die seitens der Bürger gemacht wurden, haben ZAKB-Verbandsvorsitzender Thomas Metz, Mitgeschäftsführer Gerhard Goliasch sowie Bürgermeister Erich Maier und Erster Stadtrat Jens Klingler versucht, so sachlich wie möglich zu reagieren.

Die Vorwürfe, die Bürger seien nicht rechtzeitig informiert worden, stimmt absolut nicht. Zumal in der Stadtverordnetenversammlung ein Beschluss zum Ausbau der Windenergie auf dem Deponiegelände gefasst wurde. Auf diesen Beschluss hat seinerzeit kein Bürger reagiert. Erst als einige Hüttenfelder Bürger sich stark gemacht haben, kamen die Einwände. Ich kann sehr wohl verstehen, dass man sich schützen möchte gegen Dinge, die von außen auf einen einwirken. Dies kann man mit allen möglichen Mitteln tun. Man sollte Menschen aber nicht persönlich angreifen.

Sofern eine Diskussion sachlich geführt wird, ist dagegen gar nichts einzuwenden. Gegen Unsachlichkeit und verbale Attacken wehre ich aber mich vehement. Nach der Ortsbeiratssitzung hatte ich alle Achtung vor den Herren, die doch so ruhig und sachlich geblieben sind, trotz vieler unsachgemäßer Äußerungen und Angriffe.

Dass man unseren Bürgermeister nun so angreift, kann ich nicht nachvollziehen. Ich schreibe diesen Leserbrief, weil ich in Hüttenfeld dabei war und möchte, dass die Lampertheimer Bürger wissen: Das, was Carmen Gaab-Edinger in ihrem Leserbrief geschrieben hat, stimmt schlichtweg nicht.

© *Südhessen Morgen*, Freitag, 22.03.2013

Kritische Betrachtung: Zur aktuellen Debatte über die Pläne zum Ausbau der Windenergie auf der ehemaligen Hüttenfelder Mülldeponie

Ausgleich von Interessen ist urdemokratisches Ziel

Von unserem Redaktionsmitglied Uwe Rauschelbach

Lampertheim. Nach Bürgerbeteiligung wird allseits gerufen. Die verstärkte Teilhabe an demokratischen Prozessen liegt im Trend der Zeit. Entscheidungswege und behördliche Verfahren werden nicht länger als ausreichend empfunden, um das Votum des Bürgers angemessen zu gewichten.

Darauf berufen sich auch Hüttenfelder Bewohner. Aktuelles Thema im Stadtteil: der Ausbau der Windenergie auf dem Gelände der früheren Mülldeponie. Als Gegner des Projekts haben der Verein "Pro Hüttenfeld" und die Bürgerinitiative "Gegenwind" ihre Argumente kundgetan. Sie traten zuletzt bei einer Hüttenfelder Ortsbeiratssitzung mit Vertretern des Zweckverbands Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße (ZAKB) und der Lampertheimer Stadtverwaltung in Erscheinung.

Deutlich wurden an diesem Abend unterschiedliche Auffassungen über das Äußern von Kritik durch jene, die sich aus den Reihen der Bürger sowie des Vereins "Pro Hüttenfeld" und der Initiative "Gegenwind" zu Wort gemeldet haben. Es ist hier nicht die Frage, ob Kritik an Institutionen oder Behörden erlaubt sei oder nicht. Vielmehr geht es um die Art und Weise, wie sie vorgebracht wird. Und welchem Zweck sie dient.

Sachlicher "Gegenwind"

Dieser erscheint mit Blick auf gewisse Wortbeiträge in der Ortsbeiratssitzung und darauffolgende Leserbriefzeilen fragwürdig, die nicht aus den Reihen der bisher betont sachlich auftretenden Bürgerinitiative "Gegenwind" stammen, sondern aus dem Umfeld des Vereins "Pro Hüttenfeld". Damit wird der Anschein erweckt, als solle auf dem Weg des Engagements gegen die parlamentarisch gebilligten Pläne des ZAKB primär nicht jenes Vorhaben verhindert, sondern in erster Linie der Bürgermeister als vermeintlich Hauptverantwortlicher getroffen werden. Und das an seiner empfindlichsten Stelle: seinem eigenen Wahrheitsverständnis.

Empfindlich ist diese Stelle nicht etwa dadurch - just das soll aber durch die Kritik insinuiert werden -, weil der Bürgermeister sie in Sachen Windenergie nachweislich verletzt hätte. Sondern weil Erich Maier sein Amt in erster Linie mit dem Streben nach Wahrhaftigkeit, das zugleich auf politischer Unabhängigkeit beruht, verknüpft hat. Und worauf er sich selbstverständlich auch in Bezug auf die aktuelle Windkraftdebatte beruft.

Wohlverstanden: Auch dieser Bürgermeister ist nicht unfehlbar. Aber man musste schon taub sein, um in der besagten Hüttenfelder Ortsbeiratssitzung nicht zusammenzuzucken angesichts halblaut gemurmelter und hämischer Zwischenbemerkungen sowie der Androhung von

vermeintlich desavouierenden Fangfragen. In einem Leserbrief wurde Maier anschließend eine "aggressive Haltung" unterstellt.

Fakt ist: Maiers Haltung war im Ortsbeirat extrem verschlossen. Aggressiv aber waren einige Zwischenbemerkungen und Fragestellungen aus dem Auditorium, die nicht aus den Reihen der Bürgerinitiative "Gegenwind" stammten. Fakt ist auch: An Maiers Bezug zur Wahrheit wurden mit Blick auf die Windenergie-debatte unüberhörbare, aber durch nichts belegte Zweifel gestreut.

Kontraproduktiv und schädlich

Solche Vorgänge dienen in keiner Weise dem Ziel, um das es vermeintlich gehen soll. Sie sind eher kontraproduktiv und schaden zugleich dem nachvollziehbaren Bemühen von Bürgern um mehr demokratische Mitwirkung. Sie verschärfen die Trennlinien und Konflikte gerade da, wo Lösungen eigentlich nur im Konsens gefunden werden können.

Auch Bürgerinitiativen vertreten stets nur einen Teil des Meinungsspektrums. Auch sie müssen sich deshalb dem mühsamen, aber urdemokratischen Ausgleich der Interessen unterziehen.

© *Südhessen Morgen*, Freitag, 22.03.2013